

Bundeszuschuss zu Pensionen steigt wegen Wirtschaftskrise heuer auf fast 16 Milliarden Senioren für eine Sanierung

■ Lopatka will Ende der Hackler-Regelung ab 2013.
■ Hundstorfer beruht: System läuft nicht aus dem Ruder.

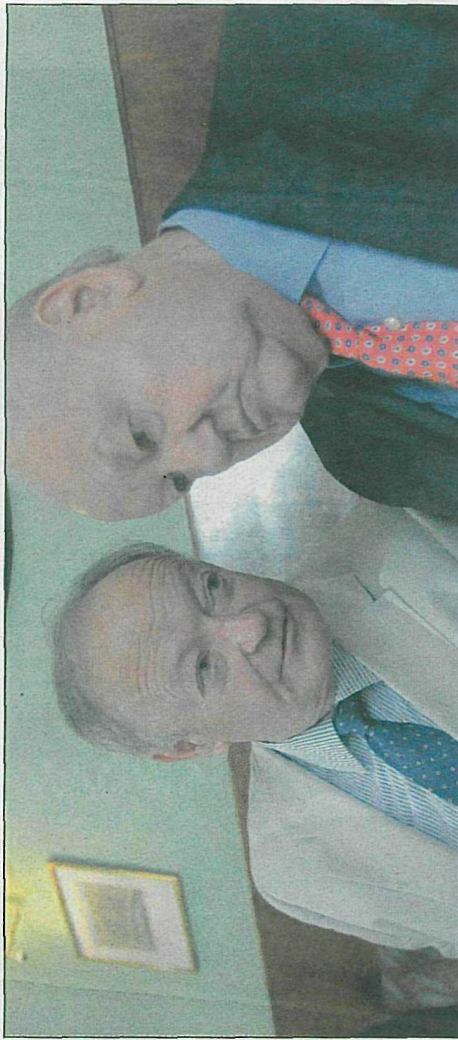
Wien. Der in der Wirtschaftskrise steigende Bundeszuschuss hat am Montag eine neue Pensionsdebatte ausgelöst. Nach den jüngsten Zahlen der Pensionsversicherungsanstalt (PVA) wird der Bundesbeitrag zu den ASVG-Pensionen heuer auf 4,3 Milliarden Euro klettern, um zwei Milliarden mehr als noch

vor fünf Jahren. Rechnet man auch die ÖBB, die Bauern und die Gewerbetreibenden hinzu, kommt man auf insgesamt 7,8 Milliarden und die Beamtenpensionen machen noch einmal knapp 8 Milliarden Euro aus.

Die beiden Präsidenten des Seniorenrates Andreas Khol (ÖVP) und Karl Blecha (SPÖ) meinten in einer gemeinsamen Pressekonferenz, von einem Zusammenbruch des Systems könne keine Rede sein. Die Steigerungen der staatlichen Zuschüsse würden durch den Aufschwung bezahlt werden, sagte Blecha.

Dennoch fordert der Seniorenrat eine Sanierung des staatlichen Systems. Die Hacklerpension müsse „systemverträglich“ neu geordnet werden, die Invaliditätspension, die ÖBB-Pensionen und die Länder-Pensionsversicherungsanstalten müssten auf die Reihe gebracht werden, forderte Khol.

Zur längerfristigen Absicherung der Pensionen werde längerfristig kein Weg an der Heranziehung einer Wertschöpfungsabgabe vorbegehen, sagte Blecha. Der gesamte Komplex müsse im Herbst verhandelt werden.



Andreas Khol (l.) und Karl Blecha einig: Keine Anhebung des Pensionsalters. Foto: apa

Weniger gelassen betrachtet Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka die steigenden Zuschüsse. Für ihn wäre das Auslaufen der Hackler-Regelung vor 2013 „eine Möglichkeit“.

„Flexi-Pension“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer bereitet der ASVG-Zuschuss für heuer „kein Kopfzerbrechen“. Und auch für PVA-Obmann Karl Haas ist der Bundesbeitrag „noch nicht so aus dem Ruder, dass man ins Leistungsrecht schneiden muss.“ Ein Auslaufen der Hackler-Regelung kommt für beide vor 2013 nicht in Frage, weil der Vertrauensschutz gelte.

Der Management-Club seinerseits hat eine „Flexi-Pension“ vorgestellt, die Sozialforscher Bernd Marin entworfen hat. Demnach soll jeder, der eine Mindestpension (784 Euro 14 Mal im Jahr) auf seinem Pensionskonto hat, in Pension gehen können. Geht er vor dem Referenzalter von 65 Jahren, muss er 6,3 Prozent Abschlag pro Jahr in Kauf nehmen, geht er später, erhält er Zuschläge.

Bei mehreren Kernpunkten sind sich die Pensionistenvertreter mittlerweile mit der größten heimischen Pensionskasse, der VBV, einig. Bei steuerbegünstigten Umstiegsmöglichkeiten in sicherere Veranlagungsvarianten muss aber natürlich auch das Finanzministerium mitspielen. Zahlreiche Pensionskassen-Pensionisten hatten in der Finanzkrise harsche Rentenkürzungen zu beklagen.

Betriebspension

Doch auch, was die zweite Säule des Pensionensystems – nämlich Firmenpensionen – anbelangt, könnte ein heiliger Herbst bevorstehen. Seit einhalb Jahren wird

